

Der Elefant im Raum

Landtagswahl 2019 In Weimar diskutieren die Spitzenkandidaten der Parteien erst sachlich und dann doch emotional vor Wirtschaftsvertretern

VON FABIAN KLAUS

Weimar. Zwei Stunden steht er im Raum – der Elefant. Die Stimmung ist angespannt. Sechs Spitzenpolitiker sitzen auf dem Podium von Industrieclub Thüringen und TLZ im Seminarraum der Weimarerhalle. Sie sprechen über Wirtschaftspolitik – so weit, so logisch.

„Herr Ministerpräsident, wie konnte das passieren?“ Als letzter Frager des Abends, die zwei Stunden Debattenzeit sind da eigentlich abgelaufen, steht Hans Figulla auf. Wie konnte es passieren, dass in der Amtszeit eines linken Ministerpräsidenten eine rechte Partei in Thüringen so stark geworden ist? Das will der Zuhörer von Bodo Ramelow, der die Linke in die Landtagswahl führt, erklärt bekommen.

Der Ministerpräsident steht merklich unter Zugzwang, weil er kaum Lust darauf zu haben scheint, die Frage zu beantworten. Soll er etwa Verantwortung dafür übernehmen, dass die AfD in Thüringen stark geworden ist? Ramelow sagt erst, dass mit denjenigen Wählerinnen und Wählern, die Höcke unterstützen, geredet werden müsse, was ihre Sorgen und Nöte sind. Er schiebt dann aber nach: „Ich rede mit 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler.“ Das Viertel, dass die AfD laut jüngsten Umfragen wählen würde, fehlt in dem Satz plötzlich.

Höcke wirft der Thüringer Landesregierung vor, die Menschen zu überfordern. Es gebe, sagt er, keine Einwanderungspolitik – und weiter: Es sei die AfD gewesen, die 2013 eine kontrollierte Einwanderung nach kanadischem Vorbild gefordert habe. Dass das noch unter dem gewesenen Bundesvorsitzenden Lucke war, lässt er weg. Denn nur wenig später waren es Höcke und die mittlerweile ebenfalls frühere AfD-Vorsitzende Petry, die Lucke entmachteten und die Partei ein erstes Mal nach rechts rückten.

Mike Mohring, der CDU-Spitzenkandidat, und Thomas L. Kemmerich, der die FDP wieder in den Landtag führen will, plädieren dafür, immer mit allen Wählerinnen und Wählern zu reden. Mohring: „Wenn Politik darauf verzichtet, das Gespräch zu führen, dann trägt sie zur Spaltung bei. Wenn man immer von den beiden extremen Positionen aus die Debatten führt, dann erschweren wir uns das.“

Ramelow, gerade offenbar in Höchstform, fällt seinem CDU-Kontrahenten ins Wort: „Ich will nur wissen, ob sie mich gerade als linksextrem bezeichnet haben?“ Das Publikum raunt, Mohring hat die nächste Steilvorlage erhalten: „Genau das ist der Punkt, dass wir immer versuchen, diejenigen, die ihre Meinung äußern in eine rechtsextreme oder linksextreme Position zu schieben.“ Anja Siegesmund (Grüne) und Wolfgang Tiefensee (SPD) greifen nicht mehr ein, haben aber sichtbar Schwierigkeiten, ihre Emotionen zu unterdrücken. Die Diskussion ist der emotionale Schlusspunkt



Im Podium von Industrieclub Thüringen und TLZ saßen Bodo Ramelow (Linke), Mike Mohring (CDU), Anja Siegesmund (Grüne), Thomas L. Kemmerich (FDP), Wolfgang Tiefensee (SPD) und Björn Höcke von der AfD (von oben links nach unten rechts). FOTOS (6): FABIAN KLAUS

einer von TLZ-Chefredakteur Nils Kawig und seiner Stellvertreterin Gerlinde Sommer moderierten Debatte, die sich rund um Wirtschaft in Thüringen drehte. Der geht es nach fünf Jahren so schlecht nicht, wie 2014 geunkelt wurde, als Linke, SPD und Grüne die „Mutter aller Dreierkoalitionen“ (O-Ton Ramelow) auf die Beine gestellt haben. Tiefensee, der, wenn er nicht gerade wahlkämpfender SPD-Spitzenkandidat ist, als Wirtschaftsminister oft im Mittelpunkt steht, wenn es um die Entwicklung geht, sieht in Thüringen die Start-up-Szene bestens aufgestellt. „Die Entwick-

lung haben wir verstärkt“, sagt er und nennt den „Get started“-Fonds als Instrument. Sorge bereitet ihm aber die Automobilbranche, in Thüringen der

Wahl 2019

wichtigste Wirtschaftszweig. Anja Siegesmund will sich für eine Verstärkung der Bemühun-

gen einsetzen, junge Menschen an die Unternehmen heranzuführen – als Beispiel nennt sie den „Girl's Day“, der „nicht nur einmal im Jahr eine Rakete sein darf“. Thomas Kemmerich wirbt für Sonderwirtschaftszonen. Die sollen für einen Bürokratieabbau sorgen und in den Firmen mehr Potenzial für kreative Ideen freisetzen. „Die haben wir derzeit zum Beispiel in der Automobilbranche nicht.“

Der Fachkräftemangel ist ein Thema, dass Björn Höcke offenbar im besonderen umtreibt. Der AfD-Politiker beklagt die Geburtenrückgänge als einen Grund dafür, wettet aber auch da-

gegen, in Firmen in Fernost um Nachwuchs zu buhlen: „In Deutschland haben zwei Millionen Menschen keinen Berufsabschluss. Die sollten wir erst einmal nachqualifizieren.“

Bei Ramelow ist er auch damit an der richtigen Adresse. „Wir haben 62 Weltmarktführer in Thüringen. Dann möchte ich auch, dass wir weltoffen sind.“ Denn, sagt er, „die Innovationskraft in Thüringen ist da. Aber am Ende werden es die Hände sein, die wir zur Umsetzung dafür brauchen.“

Christdemokrat Mohring verweist beim Thema Fachkräftemangel vor allem darauf,

dass die Anerkennung der Abschlüsse geregelt werden muss. „Da hinken wir noch hinterher.“ Er wirbt außerdem für die Rückkehrprämie und die Förderung nach kostenfreier Meisterausbildung. Wolfgang Tiefensee reicht es an der Stelle schon, er wirft der Union vor, unseriös zu agieren: „Da geht mir der Hut hoch. Alles soll kostenfrei sein, und dann wollen sie auch noch die Straßenausbaubeiträge zurückerhalten für 30 Jahre.“

Die Diskutanten haben sich warm gelaufen – und am Ende sprechen sie dann auch über den Elefanten, der zunächst zwei Stunden im Raum stand.

Diskussion zu Folgen des Ärztemangels

Krankenhausplanung soll reformiert werden

VON HANNO MÜLLER

Erfurt. Mit Appellen an die Politik wie auch an die eigene Zunft haben Ärzte und Krankenkassen-Vertreter in Jena Änderungen in der Thüringer Krankenhausplanung gefordert. Ausgehend von der jüngsten Bertelsmann-Studie, die weniger Kliniken forderte, wurden mehr Spezialisierungen und Kooperationen sowie eine bessere Verquickung von ambulanter und stationärer Behandlung in Thüringen angemahnt. Über das Wie gehen die Meinungen aber auseinander.

Personalmangel bei Ärzten und Pflegekräften sowie die Alterung in der Gesellschaft stellten die Gesundheitsversorgung vor große Belastungsproben, sagte Ellen Lundershausen, Präsidentin der Landesärztekammer. „Wir haben bundesweit mit der größten Krankenhausschließung. Jeder Träger war in der Vergangenheit bemüht, sein Krankenhaus fortzuentwickeln, vor allem bei hoch spezialisierten Leistungen. Damit einher geht ein Wettbewerb um Fachärzte. So viele Spezialisten, wie benötigt würden, haben wir aber in Thüringen gar nicht“, so die Ärztvertreterin. Kliniken würden sich nicht an der notwendigen Versorgung, sondern an den lukrativsten Leitungen orientieren. „Wir brauchen eine Bündelung ärztlicher Kompetenz bei gleichzeitiger flächendeckender Versorgung. Die neu zu organisieren, erfordert großen Mut“, so Lundershausen.

Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke) verwies auf regionale und demografische Besonderheiten Thüringens. „Diskussionen über Klinikschließungen führen uns nicht weiter, sondern sorgen für Verunsicherung und den Weggang weiterer Fachleute“, sagte Werner.

Gundula Werner, Vorstandsvorsitzende der Landeskrankenhausgesellschaft, sieht das Land bei der Vergabe von Versorgungsaufträgen an die Krankenhäuser in der Verantwortung. Sie warnte davor, Leistungen und Personal wie auf einem Schachbrett zu verschieben. Nach Meinung von Maryam Schemken, Leiterin Versorgungsmanagement bei der AOK plus, sollten Krankenhäuser künftig stärker in Netzwerken zusammenarbeiten und die Versorgung auf dem Land auch über Telemedizin und Facharztkonsile organisieren.

Frank Lange, Vorsitzender des Landesverbandes der leitenden Krankenhausärzte, mahnte eine konsequentere Zusammenarbeit von ambulantem und stationärem Sektor an. Ökonomie dürfe nicht das Primat der Versorgung sein. „Wer einen grundlegenden Systemwandel mit Spezialisierung, Kooperationen und sektorübergreifender Arbeitsteilung will, muss auch die Finanzierung völlig neu auf- und falsche Anreize durch die DRGs abstellen“, sagte der Arzt.

Wahl-O-Mat: Das antworten die Parteien

Thüringer können anhand von 38 Thesen online die Wahlprogramme vergleichen. Mehr Nutzer werden erwartet

VON MARCUS VOIGT UND MARVIN REINHART

Erfurt. Der Wahl-O-Mat zur Landtagswahl am 27. Oktober ist seit gestern online. Susanne Henning-Wellsow (Linke), Raymond Walk (CDU), Stefan Möller (AfD), Stefanie Erben (Grüne), Diana Lehmann (SPD) und Thomas Kemmerich (FDP) testeten das Online-Werkzeug kurz vor seiner Freischaltung im Thüringer Landtag. Dabei zeigte sich jeweils die höchste Übereinstimmung mit dem Programm der eigenen Partei.

Der Wahl-O-Mat wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) entwickelt und 2002 das erste Mal geschaltet. Die Online-Wahlhilfe für die kommende Landtagswahl ist

in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT) entstanden. Mit dem Wahl-O-Mat können Bürger ihre politischen Ansichten mit den Programmen der Parteien vergleichen und bekommen anhand ihrer Antworten eine Wahlempfehlung. Auf 38 Thesen haben die 18 Parteien, die zur Landtagswahl zugelassen sind, für den Wahl-O-Mat reagieren müssen.

Die Landeszentrale hat dabei Thesen ausgewählt, bei denen die Unterschiede zwischen den Parteien möglichst groß sind. Diese Zeitung gibt einen exemplarischen Überblick, mit welchen Positionen die im Landtag und Bundestag vertretenen Parteien in den anstehenden Wahlkampf ziehen.

In Thüringen sollen keine weiteren Flächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden.

Im Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung steht, dass auf einem Prozent der Landesfläche mithilfe von Windenergie Strom erzeugt werden soll. Dieses Ziel stößt bei Teilen der Bevölkerung auf massiven Widerstand. Linke, SPD und vor allem die Grünen wollen daran festhalten. CDU, FDP und AfD wollen die Pläne dagegen kippen. Die CDU fordert beispielsweise einen sofortigen Baustopp für Windkraftanlagen.

Auf Autobahnen in Thüringen soll es ein generelles Tempolimit geben.

Im Zuge der Klimadebatte wird

bundesweit auch über ein Tempolimit auf Autobahnen diskutiert. Wenngleich die Handlungsspielräume der Landespolitik beschränkt sind, kommt das Thema im Wahl-O-Mat vor. Linke und Grüne fordern ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern. CDU, FDP und AfD lehnen ein Tempolimit ab. Die SPD lehnt ein generelles Tempolimit nicht ab, will aber keinen Thüringer Sonderweg gehen.

An Thüringer Schulen soll vorrangig das traditionelle Familienbild (Vater, Mutter, Kind) vermittelt werden.

Im aktuellen Thüringer Bildungsplan steht, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Unterricht behandelt

werden soll. So solle die Akzeptanz für verschiedene Lebensmodelle gefördert werden. CDU und AfD sprechen sich für eine Rückbesinnung auf ein traditionelles Familienbild aus. Alle anderen Parteien wollen hingegen an den Vorgaben des Bildungsplans festhalten. „Alle sollen gleichberechtigt behandelt werden und gleiche Anerkennung erfahren. Dies soll in der Schule vermittelt werden“, heißt es zum Beispiel in der Wahl-O-Mat-Antwort der Linken.

Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen soll ausgeweitet werden.

Die Zahl der Straftaten ist in Thüringen 2018 das dritte Jahr in Folge zurückgegangen. Einen Anstieg gab es hingegen bei Ge-

waltdelikten. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leidet darunter. CDU und AfD fordern daher mehr Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Linke, SPD, Grüne und FDP lehnen das ab. Während die FDP in mehr Videoüberwachung „kein Allheilmittel“ sieht, sagt die SPD, dass diese „nicht objektiv zu mehr Sicherheit“ führe. Die Linke warnt vor einer Beschränkung individueller Freiheitsrechte. Gleichwohl solle die Polizeipräsenz im Freistaat ausgebaut werden.

Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sollen konsequent abgeschoben werden.

AfD-Landeschef Björn Höcke forderte jüngst „Abschiebeflug-

zeuge vom nicht ausgelasteten Erfurter Flughafen“ und sagte, dass er den ersten Flieger persönlich verabschieden wolle. Neben der AfD fordern auch CDU, FDP und SPD mehr Abschiebungen. Damit geht die SPD auf Distanz zu Linken und Grünen. Letztere wollen statt mehr Abschiebungen die Integrationsbemühungen verstärken.

Zum Stichtag 31. August 2019 hielten sich in Thüringen 3867 ausreisepflichtige Ausländer auf. Davon hatten 3269 eine Duldung. Im Zeitraum von Januar bis Ende August wurden 332 Menschen abgeschoben. 686 geplante Abschiebungen wurden abgebrochen.

Der Wahl-O-Mat ist zu finden unter www.tlz.de/wahlomat